

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, H. 16, Holbeinstr. 46

Druckpreis 21 306
Polstschonke Brüggel Nr. 14707

Sächsische Volkszeitung

Wegpreis: Ausgabe A mit Illustr. Beilage vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.00 M. — Ausgabe B vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.00 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr mittags.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsblätter 40 J. im Restanteil 1 M. Familien-Anzeigen 30 J. — Für unentgeltlich geschickte, sowie durch Gemeindepflichter aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Schminken, Puder für Theaterbedarf, für Gesellschaften, zur Hauptpflege in enormer Auswahl Parfümerie Paul Schwarzlose, Dresden - A, Schloß-Str. 19.

Die Schulfrage in der Nationalversammlung

Das Volk

Nein, es ist kein Sieg der Zentrumsparlei. Wir haben uns bis jetzt unter dem Deutschen Reich etwas anderes vorgestellt, nämlich ein christliches Staatswesen, kein farbloses und damit kraft- und kraftloses. Der Charakter des christlichen Staatswesens wird in der Verfassung aufgehoben. Damit müssen wir uns vorläufig abfinden, nachdem die Wahlen vom Januar 1919 eine christliche Gesamtmeihrheit nicht ergeben haben. Vorläufig! Denn es kann ja einmal der Tag kommen, an dem das deutsche Volk anders entscheiden wird. Immerhin hätte sich auch jetzt — das muß immer wieder gesagt werden — gerade auf diesem Gebiete mehr erreichen lassen, wenn die sogenannten rechtsstehenden Parteien nicht in blinder Opposition gegen die Regierung verbarren würden. Also die Zentrumsparlei hat bei dem Schulkomprobiß keinen Sieg errungen, sondern sie hat lediglich das christliche Volk vor der Vergewaltigung bewahren können. Eine solche Vergewaltigung lag ja, wie bekannt ist, in Sachsen bereits vor. Das Bestreben des Zentrums ging dahin, wenigstens das Selbstbestimmungsrecht der Eltern zu retten. Doch ihm das gelungen ist, sollten auch unsere evangelischen Mitbürger nicht vermissen.

Noch ist allerdings der Kompromiß nicht ganz unter Dach und Fach. Es steht aber zu hoffen, daß die Verankerung des Kompromisses in die Verfassung in den nächsten Tagen vor sich gehen wird. Inzwischen bemühen sich die Freisinnigen, zurzeit Demokraten genannt, auf eifrigste, die Sache noch zu Falle zu bringen, um darüber selbst wieder auf den Regierungsbank zu kommen. Diesen Demokraten war die konfessionelle Schule schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Bei uns in Sachsen ist es vor allem die „Zittauer Morgenzeitung“ (Nr. 160), die untrüglich über den Gang der Dinge ist. Sie nennt sich zu Unrecht Organ für Volksinteressen, denn sie vertritt höchstens zum Teil gewisse Interessen, nämlich die der Freisinnigen, während sie den Interessen des christlichen Volkstiles mit Entschiedenheit entgegenarbeitet. Diefem Blatte ist es angst und bange zu Worte, denn seiner Ansicht nach ist mit dem Kompromiß „für die katholische Kirche die konfessionelle Schule vollkommen gesichert, denn daß ihr Einfluß so weit reicht, daß sich weder die Lehrer weigern, den Religionsunterricht zu erteilen, noch die Eltern, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen, steht außer Zweifel, es sei denn, daß durch freidenkerlich-sozialdemokratische Agitation ein Erfolg erzielt und dann den Widerstrebenden der stärkste Schutz der sozialdemokratischen Behörden zuteil würde“. Wenn dieser Erfolg in einer sozialdemokratischen Zeitung veröffentlicht worden wäre, würden wir uns nicht in geringsten gewundert haben. Es ist aber immerhin bemerkenswert, daß sich ein freisinniges Blatt, dessen Chefredakteur Mitglied der demokratischen Fraktion der deutschen Nationalversammlung in Weimar ist, mit einer solchen Offenheit ausspricht, mit welcher Ungeheuerlichkeit für die freidenkerlich-sozialdemokratische Agitation eintritt, sozialdemokratische Behörden, also Parteibehörden, als das natürlichste Ding von der Welt ansieht und nach ihrem starken Arme ruft. Wildernde Umstände für diesen Notruf sind der „Zittauer Morgenzeitung“ infoweit zuzuschreiben, als festgestellt werden muß, daß die Freisinnigen stets ein großes Anlehnungsbedürfnis gehabt haben und es infolgedessen begrifflich ist, wie wenig wohl sie sich in ihrer blühenden Majorität befinden. Die „Zittauer Morgenzeitung“ hoffte am Dienstag noch sehr, daß eine neue Mehrheit gebildet und ein neues Ministerium kommen würde. Wenn wir uns recht erinnern, sind es noch keine zwei Monate her, seitdem das Blatt die Sache so darzustellen suchte, als ob es seinerzeit von der Gnade der Demokraten abhängig gewesen wäre, wenn das Zentrum in die Regierung eintreten konnte. Es wurde in jenem Artikel von einem Opfer gesprochen, daß die Demokraten mit ihrer Zustimmung gegeben hätten. Wir haben diese Großsprecheri schon damals auf ihren richtigen Wert zurückgeführt und es ist nun ergötzlich zu sehen, wie sehr man gegenwärtig sich auf demokratischer Seite bemüht, in die Regierung hineinzukommen. Das läßt die Erinnerung in noch viel frühere Zeiten zurückweisen, nämlich in die Zeiten

des Wilson-Modells. Damals schon hat ein freisinniger Führer erklärt, daß sie unter allen Umständen auf den Boden kommen wollten. Schließlich hat aber selbst die „Zittauer Morgenzeitung“ etwas Ähnliches, wenn sie an einen solchen Wiedereintritt in die Regierung denkt, denn sie schreibt: „Damit würde eine Mehrheit kommen, die zwar in der Schulfrage Einigkeit herbeiführen wird, die aber von vornherein Differenzen in wirtschaftlicher Beziehung und wahrscheinlich auch in der Steuerfrage in sich birgt.“ In derselben Nummer muß dann das Blatt die für die Freisinnigen so traurige Mitteilung von der Belegung der städtischen Schulen machen. Es schreibt dazu: „Das Zentrum hat somit keine konfessionellen Schulen und die Klosterkirchen gerettet.“ In Sachsen muß also der Rückzug angetreten werden.“ „Seine“ konfessionellen Schulen ist übrigens ausgezeichnet gesagt. Als ob es nicht und gerade in Sachsen die evangelische Kirche wäre, die erfreulicherweise doch ebenfalls noch ein recht großes Interesse an der Erhaltung der konfessionellen Schule hat und haben muß.

Durch den Schulkomprobiß wird wenigstens die Vergewaltigung hintangehalten. Auch sonst soll die Freiheit der Kirche gewährleistet werden, so z. B. in bezug auf die Belegung geistlicher Ämter. Es muß eigentlich Bedauern erregen, wenn selbst darüber die Freisinnigen sich aufregen. Sie wollen für den Unglauben die Freiheit haben, die Kirche aber wollen sie knebeln. Das „Berl. Tageblatt“ ist außer sich vor Wut, daß in Zukunft der Staat keinen Einfluß mehr auf die Anstellung der Geistlichen haben soll. Um das Schreckliche dieser Mahnahme recht froh zum Ausdruck zu bringen, schreibt das Blatt der deutschen Intelligenz in Nr. 25 folgendes: „Wenn es z. B. der katholischen Kirche belieben würde, einen Pfaffen an die Spitze des Kölner Erzbistums zu stellen, so würde der Staat nichts dagegen machen können.“ Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob es den Blatte angeht, solcher Möglichkeiten fast noch weniger wohl wäre als wie zu der Zeit, in der Spartakus in Koffeehäusern regierte.

In der Schulfrage nun wird in Zukunft im ganzen Deutschen Reich die Bestimmung beim Volke liegen. Das christliche und das katholische Volk werden überall zu entscheiden haben, ob die konfessionellen Schulen weiter bestehen, beziehungsweise wieder entstehen sollen oder nicht. Damit wird die Arbeit und Tätigkeit im Volksleben auf eine ganz andere Grundlage gestellt. Wir dürfen uns schon heute keinen Zweifel darüber hingeben, daß man von freidenkerlicher Seite nichts unversucht lassen wird, für die sogenannte weltliche Schule zu agitieren. Ungehener groß ist angesichts dessen die Verantwortung, die in Zukunft auf dem Volke ruhen wird. Gewiß wird man auch in Sachsen sich letzten Endes dem Reichsrecht fügen müssen. Doch aber gerade hier in Sachsen am schärfsten der Kampf der Geister einleiten wird, liegt auf der Hand. Um die Herzen und die Seelen der Jugend geht es. Hat man doch beim Kirchenaustrittsgesetz in Sachsen die Entscheidung über den Austritt in unglücklicher Weise in die Hände der 14jährigen gelegt. Wir würden es aufrichtig begrüßen, wenn angesichts der Schwere der Aufgaben uns in Zukunft wenigstens der Friede unter den Konfessionen gewahrt bleiben würde. Es gibt manche Punkte, die sogar ein Zusammengehen gegen den gemeinsamen Feind sehr gut ermöglichen würden. Was wir allerdings in der letzten Zeit in der Volkskammer aus dem Munde nationalliberaler und konservativer Führer gehört haben, klang beinahe sehr nach einer Kampfansage gegen die katholische Kirche und hatte mit allem anderen, nur nicht mit einer Friedensbaldmei Rehnlichkeit. Wir wollen aber trotzdem die Hoffnung nicht aufgeben, daß die maßgebenden Instanzen der evangelischen Kirche und das evangelische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit selbst einsehen, daß sie damit weniger als vielmehr sich selbst den größten Schaden zufügen würden. Das katholische Volk jedenfalls ist friedensbereit, das soll hier ausdrücklich nochmals festgestellt werden.

Eines ist aber auf alle Fälle sicher: Wir dürfen keinen Tag mehr vorübergehen lassen, ohne energisch zu rufen und die Reihen enger zu schließen. Die Sache ist nicht mehr so, daß die konfessionelle Schule staatliche Selbstverständlichkeit ist. Ge-

wiß, sie ist geblieben, aber die Entscheidung darüber liegt bei den christlichen Eltern, Vätern und Müttern. Daher müssen vor allem in unseren katholischen Organisationen alle Katholiken ohne Unterschied des Standes ersucht, die Reihen müssen so eng als möglich geschlossen werden und weiterhin muß es festzuhalten werden, daß das katholische Volk jetzt denn je an einer Schule hängt und nicht von ihr lassen wird. Zur Vertiefung unserer Gedanken, zur Aufmunterung der beherztungsfähigen Herzen soll auch der Sächsische Katholikentag beitragen, der, falls keine unvorhergesehenen Hindernisse eintreten, Ende September in Dresden stattfinden wird. Parteipolitik bleibt selbstverständlich bei dieser Tagung völlig ausgeschlossen. Daß die Tagung diesmal in der sächsischen Hauptstadt stattfinden soll, entspricht dem einmütigen Wunsche der zum Zwecke der Vorbereitungen am 15. Juni zusammengekommenen auswärtigen Vertreter mit Rücksicht auf die Reisebeschwerden und dergleichen.

Die sächsischen Katholikentage sollen eine händerge Einrichtung werden und die Tagungsorte von Jahr zu Jahr wechseln. Sie sollen und müssen unseres Erachtens Volksstage im wahren und edelsten Sinne des Wortes werden. Alle Schichten des katholischen Volkes ohne Unterschied des Standes sollen dort vertreten sein, so wie das bis zum Ausbruch des Krieges auch auf den großen deutschen Katholikentagen der Fall gewesen ist.

Vieles ist bei uns im Deutschen Reich zusammengebrochen. Schwere Kämpfe stehen uns auch noch für die Zukunft bevor. Wir zweifeln aber nicht, daß, wenn der Geist der Freiheit die Verfassung wirklich durchdrungen wird, auch auf geistlichem Gebiete im neuen Deutschen Reich neues Leben aus den Ruinen erstehen, daß dann auch der christliche Geist heilig sich entfalten wird. Und dabei anzuhelfen, muß die vornehmste Pflicht jedes katholischen Mannes und jeder katholischen Frau, kurzum des ganzen katholischen Volkes, sein.

Die Nationalversammlung

Weimar, 18. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 3/4 Uhr und teilt mit, daß heute ein Telegramm des argentinischen Senates eingegangen ist, in dem er die tiefste Befriedigung über die Beendigung des Krieges zum Ausdruck bringt und die Hoffnung ausspricht, daß dies der Beginn des Werkes eines völligen Wiederaufbaus sein möge. Abg. Sampa (Deutschl.) fragt, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um dem immer mehr um sich greifenden Glücksspiel auch nachdrücklich entgegenzutreten, wo die bestehenden Strafgesetze versagen. Unterstaatssekretär Dellbrück: Da, wo die Strafgesetze nicht zureichen, wird eine entsprechende Ergänzung bei der Strafrechtsreform erwogen. Abg. Dr. Oberfahren (Deutschl.) fragt, was die Reichsregierung getan habe, um der planmäßigen Verschönerung des roten Soldatenbundes und der inneren Zerschlagung der Freiwilligenregimenter entgegenzuwirken. Ein Vertreter des Kriegsministeriums erwidert, daß dagegen eine Aufklärung der Truppe organisiert sei, ferner Schutz und Fürsorge für die Mannschaften und daß auch geschickliche Fürsorgemaßnahmen für entlassene Freiwillige eingeleitet seien. — Bei den Interpellationen Deunze (D. Vp.) und Arnstadt (Deutschl.) wegen der Landratsbeiratsstreife erregt der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums Dr. Lewy lärmenden Widerspruch in der Versammlung durch die saloppe Art, in der er die Auskunft zu erteilen sich ansetzt. Die Interpellationen werden demnächst beantwortet werden. Das Haus legt die Beratung des Verfassungsentwurfes beim Abschluß.

„Bildung und Schule“

fort, zu dem das bereits veröffentlichte Schulkomprobiß als Antrag Löbe-Gräber vorliegt. Abg. Weich (Dem.), als Berichterstatter: Die Anteilnahme der Kirche am Religionsunterricht sei sicher zu stellen, ebenso aber auch die Selbstständigkeit der Schule und die Staatsaufsicht. Reichsminister des Innern Dr. David: Mit der Vereinbarung, die durch das Kompromiß zwischen zwei großen Auffassungen getroffen worden ist, wird sich auch die Regierung einverstanden erklären. Das Ergebnis ist, daß Kinder unbemittelter Eltern Erziehungsbeihilfen erhalten sollen.